

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

93 (21.4.1922)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 18 M. monatlich. — Einzelheft 1 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 2.40 M., auswärts 2.50 M. Die Reklamezeile 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

# Die Krise in Genua beigelegt

## Die Entente und der „Geist der Konferenz“

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdienst“)

Genua, den 19. April 1922.

Trotz der Note der Entente hatte eine allgemeine Beruhigung Platz gegriffen, die gefördert wurde durch das gestern abend auf Einladung des italienischen Ministerpräsidenten stattgefundenen allgemeine Delegierten-Bankett, dem auch die deutschen Minister auf ausdrücklichen Wunsch beizuhören. Bezeichnend für die allgemeine Situation ist die Tatsache, daß der italienische Beauftragte, der die Note überbringen sollte, die offizielle Aushändigung bis Mitternacht zurückhielt, weil Rathenau erklärte, es sei ihm unmöglich, mit dieser Note in der Tasche am Bankett teilzunehmen. Aber nicht nur dieser Vorgang, sondern auch die Beurteilung der Gesamtlage durch italienische und französische Delegierte erweckt den Eindruck, daß das neueste, von Lloyd George verfaßte und angeblich auf Antrag der Italiener, Franzosen und Belgier in Genua gemilderte Dokument nicht der Ueberzeugung entspricht, sondern allein politischen Motiven entspringt. Da die Note selbst jeden Ernst vermissen und absichtlich viele Auswege zu einer Lösung des „Zwischenfalls“ offen läßt, berührt die Auffassung vor, daß die noch vor 24 Stunden geführte Konferenz ungehindert ihren Fortgang nehmen wird. In der deutschen Delegation gibt es leider wieder Geister, die eine feste Haltung durch die Drohung mit der Abreise zu dokumentieren wünschen. Es gibt überhaupt Delegierte und beamtete Personen, die aus Ländern gegenüber in einem tief beschämenden Ton und mit einer bedauernden Art über den bisherigen Verlauf der Konferenz reden. Es wird endlich Zeit, daß man das System der Prestigepolitik an den Nagel hängt und sich ernsthaft und mehr als bisher um die Bedürfnisse der deutschen Republik kümmert.

Der Inhalt der Note gibt u. E. keinen Anlaß, mit der Zeit ins Haus zu fallen. Entgegen anfänglichen Behauptungen wird Deutschland nicht das Recht strittig gemacht, die Wirtschaftsverträge abzuschließen. Weil es angeblich „dem Geiste der Konferenz“ entgegenhandelt und sich erlaube, eine eigene Politik zu machen, soll die „Verstraffung“ in der Hauptsache mit dem Ausschluß aus der Konferenz (russische Frage) ihr Verwenden haben. Wir konnten uns inzwischen an Sand von Tatsachen davon überzeugen, daß diese eigene Politik im Interesse Deutschlands sehr notwendig war. Ohne diese wären wir durch einen Vertrag zwischen Entente-Staaten und Rußland vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Dieser Vertrag würde alle, in dem Londoner Memorandum festgelegten Schadigungen für Deutschland enthalten haben. Einmal war man sich u. a. über die Erfüllung der vorvertraglichen durch Ausgabe von Obligationen und deren Einlösung von Sozialisierungsmaßnahmen entstandenen Schulden durch eine Maßnahme konzentriert. Man kann gerade nicht behaupten, daß der so ansüßlich gehütete „Geist der Konferenz“ bei diesen Verhandlungen besonders beachtet worden wäre. Wo bleibt ferner der „Geist der Konferenz“, wenn die einladenden Mächte unter Hinzuziehung einer oder Delegierter den Ausschluß Deutschlands aus der Konferenz beschließen, ohne diese oder gar das Memum der Konferenz der Gleichberechtigung zu hören? Nicht nur dem Prinzip der Gleichberechtigung, sondern den gewöhnlichsten parlamentarischen Formen entsprechend, kann ein Ausschluß aus der Kommission erst erfolgen, wenn diese selbst und das Memum ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Da Rußland nicht übrigens gleich Deutschland den „Geist der Konferenz“ verleiht, ganz abgesehen davon, daß Deutschland ihn bisher nicht verleiht hat? Man hat schon die Anwendung einer Note an Rußland verweigert. Dokument nicht zu fürchten brauchen und in aller Ruhe und Sachlichkeit die Wortwörter zurückweisen können.

Gegen die wirkliche Verletzung des Geistes der Konferenz machen sich bereits lebhaft Strömungen bemerkbar. Die neutralen Staaten traten zur gleichen Zeit, in zusammen und sahen den Beschluß, den schweizerischen Bundespräsidenten zu dem italienischen Außenminister zu schicken und die sofortige Einberufung der politischen Kommission zu beantragen.

Die deutsche Delegation wird heute mittags 11½ Uhr zusammenkommen, um über die Note und die dadurch gewordene Lage zu beraten und alsbald den Text der Antworten zu fassen. Vorher sind Besprechungen mit der russischen und der englischen Delegation geplant. Von der Haltung der Russen, die über das Vorgehen der Entente

sehr aufgebracht sind und die einen scharfen Protest planen, sollen wird die deutsche Stellungnahme wesentlich abhängig sein. Es ist keineswegs daran zu denken, daß Deutschland der ersten Kommission den Vertrag zur Beurteilung vorlegen wird; eher kann ein Anruf der Gesamtkonferenz über den Ausschluß erwartet werden. Ob es die einladenden Mächte hierzu kommen lassen, ist eine andere Frage.

## Nach der Ueberrumpfung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es wäre unnütz, zu beschweigen, daß die Möglichkeit des deutsch-russischen Vertragsabschlusses auch hier allgemein übersehen ist und in manchen Kreisen herborgerufen hat. Natürlich glaubt hier niemand an die Begriffe von der deutschen Heimtücke, sondern ist jedermann überzeugt, daß es die deutsche Delegation im Punkte der politischen Moral mit jeder anderen getreut annehmen kann. Aber es kommt in dieser bösen Zeit nun einmal nicht nur darauf an, was man ist, sondern noch mehr darauf, was man zu tun scheint. Stille Einwirkung ist eine gefährliche Waffe im politischen Kampf. Jeder Staatsmann wird nach Kräften zu vermeiden suchen, daß sie sich gegen ihn und gegen sein Land erhebe. Das Vorgehen der Entente in dieser Beziehung nötigt den Ruf nach Deutschland in früheren Zeiten fürstbaren Schäden gebracht. Dürfte ein solcher Schaden in einer Zeit riskiert werden, in der Deutschland mehr als je zuvor auf die gute Meinung der Welt angewiesen ist? Dürfte man dem gefährlichsten Gegner, dem französischen Imperialismus, der in wachsender Fäulnis geriet, eine so günstige Gelegenheit zur Verbesserung seiner Stellung bieten, und würde man das gerade jetzt tun, wo die Entscheidung über die Reparationen wie ein Damokles-Schwert über Deutschland und den ganzen Welt hängt?

Das sind Fragen, die sich jetzt viele Leute hier vorlegen, und es ist nicht leicht, sie zu beantworten. Offenbar glauben die Wirth und Rathenau eine Stärkung der Konferenz riskieren zu müssen, weil sie die Situation, die sich bei der Behandlung der russischen Frage entwickelte, als äußerst gefährlich und ansehend und den diplomatischen Durchbruch aus einer drohenden neuen Entzweiung für den letzten russischen Ausweg hielten. War aber die Situation wirklich so gefährlich? Oder ist es nicht vielmehr nur der Sonnet-Diplomatie gelungen, der deutschen Delegation eine solche Gefahr vorzutäuschen, wo sie in Wirklichkeit gar nicht bestand? Oder sie als größer, unmittelbarer erscheinend zu lassen, als sie in Wirklichkeit war?

Für die Sowjetdiplomatie bedeutet der Abschluß zweifellos eine außerordentliche Stärkung ihrer Stellung gegenüber der Entente. Mit dem deutsch-russischen Vertrag in der Tasche kann sie ganz anders verhandeln, als ohne ihn. Darum hatte sie vor allem das stärkste Interesse daran, einen raschen Abschluß zu erzielen und mit ihm gegenüber den anderen Verhandlungsteilnehmern aufzutreten zu können. Darum stellte sie die deutsche Delegation in der Nacht vom Sonntag zum Montag vor die Frage: „Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“ Und da sie wollte, daß Deutschland sofort unterzeichnet, stellte sie den Deutschen die Frage: „Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“ Und da sie wollte, daß Deutschland sofort unterzeichnet, stellte sie den Deutschen die Frage: „Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“

Es ist ein unglücklicher Umstand, den man zum Käufer haben will, eine letzte nie wieder wiederholende Gelegenheit vorzuliegen. War es am Samstag wirklich so weit, daß ohne den deutsch-russischen Vertragsabschluß ein Deutschland unangenehmer Abschluß zwischen Rußland und der Entente zu erwarten gewesen wäre? War damals als wirklich die letzte sich bietende Gelegenheit? Dann konnte die deutsche Delegation wohl wirklich nicht anders als zugreifen. Dann liegt der Fehler nicht darin, daß man es nicht in Voraussicht der kommenden Dinge schon früher getan hat. Dann mußte auch die Rückführung der Konferenz erwogen, die Existenz der Konferenz selbst aufs Spiel gesetzt werden. — Es blieb eben nichts anderes übrig! Denn, wenn man auch die materiellen Wirkungen des Artikel 116 von Versailles gleich Null einschlagen mag, weil der Reparationsvertrag durch Rußlands Beteiligung an ihm nicht größer, sondern nur die Teile kleiner würden, so wäre doch die politische Bedeutung seiner Anwendung außerordentlich gefährlich. In dem Augenblick, in dem Rußland Interesse an den deutschen Reparationen wird, wird es auch Mittel der Entente und ist es mit daran interessiert, daß aus der deutschen Volkswirtschaft das Recht zur Deutung fremder, tranter Staatsfinanzen herausgeholt wird. Insofern hat ja auch die französische Mediendrucke recht, daß der deutsch-russische Vertragsabschluß eine Änderung der weltpolitischen Konstellation bedeutet. Der Widerstand Rußlands in die Entente wird durch ihn verhindert oder wenigstens für absehbare Zeit bedeutend erschwert.

Ob die deutsche Delegation richtig gehandelt hat, kann man nur entscheiden, wenn man weiß, wie die Verhandlungen zwischen Rußland und der Entente in jenem Augenblick wirklich gestanden haben. Einstweilen ist noch ein ziemlich dicker Schleier über diese Frage bereit. Aber es wird wohl nicht lange dauern, bis man die Wahrheit erfahren wird. Einstweilen scheint es allerdings nicht sehr wahrscheinlich, daß Rußland und die Entente am Samstag unmittelbar vor dem Abschluß eines Abkommens gestanden haben können. Dazu waren die Gegenstände viel zu groß. Ist denn aber so, handelt es sich wirklich um eine diplomatische Frühgeburt, insofern eines erlittenen Scheiterns, dann wird man nicht sagen können, daß die deutsche Delegation glücklicherweise operiert hat.

## Die Ueberreichung der Resolution der Gewerkschaftsinternationale

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdienst“)

Genua, 19. April.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeschickte Kommission zur Ueberreichung der Resolution über den Wiederaufbau Europas sprach heute vormittag bei der dritten Kommission (Wirtschaftskommission) der Genuaer Konferenz vor, um die Resolution zu überreichen. Joubert begründete in einleitender Rede die Forderungen der internationalen Arbeitergesellschaft. Der Vorsitzende der Kommission, der französische Staatssekretär Colra, erwiderte, daß die Kommission die vorgelegte Resolution bei ihrer Beratung weitgehend berücksichtigen werde. Er brachte weiter den Wunsch zum Ausdruck, daß der Wille der internationalen Arbeitergesellschaft den Wiederaufbau Europas erleichtern möge. Joubert antwortete, daß die Arbeitergesellschaft ausdrücklich an dem Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten beabsichtige, daß sie ihre Mitarbeit jedoch nur dann in Aussicht stellen könne, wenn die Rechte der Arbeitergesellschaft in jeder Beziehung gewahrt werden.

## Verhandlungen zur Verständigung

Die Vorverhandlungen zwischen den Außenministern Italiens, Englands, Deutschlands und Rußlands über die Möglichkeit der Beilegung der Konferenzkrise dauern fort. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Ueberreichung der Note auf Freitag verschoben wird, da die diplomatischen Besprechungen noch den ganzen heutigen Tag in Anspruch nehmen werden. Minister Rathenau ist eifrig bemüht, die günstigste Verständigungsbasis mit den Alliierten vorher zu erörtern. Die italienische Abordnung unterstützt ihn hierbei, da sie selbst großen Wert auf eine glückliche Verständigung legt.

## Die Russen hatten an dem Vertrage fest

Die Lage bleibt für die Konferenz ernst. Die eifrigen italienischen Verhandlungsbemühungen haben nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Schanzer hat alles auf, um die von Lloyd George angeführte Mächtegruppe mit den Deutschen wieder zu versöhnen. Lloyd George bemerkte aber, das Vorgehen der Deutschen und Russen habe jenen Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört, der unerlässlich sei für das internationale Zusammenwirken, das ein Hauptzweck der Konferenz sei. Reichsminister Dr. Wirth und auch Rathenau waren zu gewissen Zugeständnissen bereit. Aber Tschitscherin weigerte sich entschieden, auf die ihm durch den Vertrag mit Deutschland erwachenden Vorteile zu verzichten. Die Russen wollen die einmal erlangte Stellung nicht aufgeben. Tschitscherin hatte Rathenau erklärt, er halte Deutschland durch den Abschluß des Vertrages für endgültig gebunden. Im Grunde fühlen aber die Russen sich etwas isoliert.

## Das russische Memorandum

Ueber den Inhalt des russischen Memorandums, das den Alliierten übergeben werden soll, erklärt das „Berl. Tagblatt“ folgende Einzelheiten: Das Memorandum zählt alle Schäden auf, die Rußland durch den von den Alliierten unterzeichneten Vertrag und durch die Blockade erlitten hat, insbesondere wird auf den Verlust von Bessarabien und auf die Verwüstungen im Gebiet von Archangel hingewiesen. Das Memorandum meldet den Anspruch auf Vergütung dieser Schäden an; Rußland gibt jedoch andererseits die Verpflichtung zur Begleichung seiner Kriegsschuld zu, verlangt jedoch zu diesem Zwecke ein Moratorium und Kredite.

## Wirth und Rathenau bei Lloyd George

Ueber die Aussprache, die zwischen Lloyd George, Dr. Wirth und Rathenau stattgefunden hat, machen Pariser Blätter folgende Mitteilungen:

Auf Anregung des italienischen Außenministers Schanzer, der alles aufbot, um den Zwischenfall friedlich beizulegen, habe Rathenau bei Lloyd George um eine Unterredung nachgesucht. Dieser habe antworten lassen, er sei bereit, den Reichsminister allein oder in Begleitung anderer Mitglieder der deutschen Delegation zu empfangen. Daraufhin begaben sich Wirth und Rathenau in Begleitung von zwei Sekretären um 11 Uhr in die Villa Alberti. Die Unterredung dauerte fast drei Stunden. Die deutschen Delegierten hätten sehr eingehende Erklärungen abgegeben, die Lloyd George, ohne zu unterbrechen, angehört habe. Erst nach zwei Stunden sei er aus seinem Schweigen herausgetreten, um zu erklären, was er von den Deutschen hören wolle, seien nicht Entschuldigungen, sondern klar und unabweisliche Erklärungen über die Haltung, die sie einzunehmen gedächten. Dr. Wirth habe daraufhin anerkannt, daß die durch den Abschluß des deutsch-russischen Abkommens geschaffene Lage sehr ernst sei und daß man auf deutscher Seite bedauern, dadurch ein Moment der Verwirrung in die Konferenz gebracht zu haben. Lloyd George habe erwidert, daß er, wie die Situation nun einmal liege, nur die eine Alternative sehe: Entweder Annullierung des Abkommens oder Ausschluß der Deutschen von den weiteren Verhandlungen über das russische Problem. Er habe keineswegs die Absicht, die deutsche Delegation zu erniedrigen oder Sanktionen gegen sie zu ergreifen,







### Zum 11. Gewerkschaftskongress

Am 10. Juni tritt in Leipzig der 11. Kongress der Freien Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Die Tagung wird von der allergrößten Bedeutung nicht nur für die Erleuchtung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben in der Zukunft sein, im Vordergrund der Verhandlungen werden auch die großen politischen Fragen stehen. Noch verfügen die deutschen Gewerkschaften über die zu einer erfolgreichen Arbeit unbedingt erforderliche Geschlossenheit. Wer mit den Dingen näher vertraut ist, übersteht in diesen die Hemmungen und Schwächen nicht, die sich als Folgeerscheinungen der bedauerlichen Spaltung der politischen Arbeiterbewegung auch überall in den Gewerkschaften zeigen. Mehr als ihnen gut ist, steht ihre gesamte Tätigkeit heute unter dem Einfluß des Agitationsbedürfnisses der einzelnen politischen Parteien.

Wir Sozialdemokraten sind dabei gezwungen, uns im Interesse der Arbeiterklasse gegen die geschehene Tätigkeit der SPD zu wenden. Aber nicht nur diese Partei, auch der linke Flügel der Unabhängigen setzt sich sehr lebhaft für die „Eroberung“ der Gewerkschaften ein. An sich wäre dagegen nichts zu sagen, wenn ein besseres Programm und erfolgversprechendere Methoden für den gewerkschaftlichen Kampf in Vorschlag gebracht würden. Das ist aber nicht der Fall. Man hält zwar aus agitatorischen Gründen, um der Konkurrenz der Kommunisten widerstreben zu können, in der U.S.P. radikale Reden, in der praktischen Arbeit aber beschränkt man sich auf die Anwendung der alten und erprobten Taktik der Freien Gewerkschaften.

In ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Sozialismus dürfen sich die deutschen Arbeiter nicht von dieser Illusionspolitik einfangen lassen. Seit auf dem Boden der Tatsachen lebend, müssen sie geistig und innerlich den Kapitalismus überwinden und in klarer, methodischer Aufzuarbeit die Voraussetzungen für die sozialistische Wirtschaft schaffen. Mit Revolutionsideen ist diese große geschichtliche Aufgabe nicht zu bewältigen. Für jeden Einzeligen war von vornherein klar, daß die zehn Punkte des A.D.P., deren sofortige und uneingeschränkte Erfüllung die Kommunisten und die ihnen geistesverwandten Unabhängigen jeden Tag fordern, nicht von heute auf morgen in einem Zuge durchgeführt werden können. Heute fordern diese Parteien eine reine Arbeiterregierung, obwohl sie durch ihre Verhaltung vor der Wahl der Deutschen Nationalversammlung die zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung notwendige sozialistische Mehrheit verhindert. Jetzt kann es sich nur darum handeln, die irreführenden Teile der Arbeiterschaft auf den richtigen Weg zu bringen und aus ihm die Hindernisse zu entfernen, die die Kommunisten aufgestellt haben. Von „Allianzen“, die die Kommunisten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit arrangieren, kann das Heil der Arbeiterschaft nicht kommen. Das wird der deutsche Gewerkschaftskongress in Leipzig klar ausprechen müssen. Er wird ferner ein entschiedenes Bekenntnis für Amsterdam und gegen Moskau abzugeben haben.

Wang eindeutig wird sich der Kongress auch aussprechen müssen für die Heranziehung des Besitzes zu den allgemeinen Massen. Er wird auch die Mittel angeben müssen, die geeignet sind, zu diesem Ziel zu führen. Eine planmäßige, von den bestehenden Zuständen ausgehende und von allen Illusionen freie Politik, wird die Arbeiterschaft vor Enttäuschungen bewahren. Durch eine entsprechende Schulung und planvolle Konzentration der Kräfte auf erreichbare Ziele können die Kräfte freigemacht werden für den Aufbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne.

Unsere Genossen in den Gewerkschaften müssen im Sinne dieser Auffassung wirken. Durch eine rege Beteiligung an den Wahlen der Delegierten für Leipzig müssen sie der Berühmtheit der SPD entgegenwirken und die Kräfte in den Gewerkschaften für den Sozialismus sammeln, der nicht in höherer Meinung, sondern in zielstarrer, entschlossener, sozialistischer Weltaufzuarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens den Weg weist, der aus nationaler und internationaler Knechtung zu Unabhängigkeit und höherer Freiheit führt.

### Kartoffeln für Hochwälder

Nur nicht für das Ausland  
Seit Einführung der freien Wirtschaft ist die Kartoffel, einstmals das Brot des armen Mannes, zum Luxusartikel geworden. Seitdem man aber den Kartoffelwucher durch Festsetzung von Höchstpreisen zu steuern versuchte, haben sich Kartoffeln über Nacht in Saatkartoffeln verwandelt. Die Preise gehen deshalb nicht herunter. Während das Volk bittere Not leidet, begründen Produzenten und Händler die hohen Preise mit Warenknappheit.

### Der Zeitungsknigge

Bei Dürre u. Weber in Leipzig ist ein Buch erschienen: „Wie entsteht eine Zeitung?“ Tagebuchblätter eines Redakteurs von Dr. Hans Simon. Der Verfasser läßt darin beherzigenswerte Anweisungen über den Umgang mit Redaktionen und schildert, wie eine moderne Zeitung entsteht. Aus dem „Zeitungsknigge“ geben wir einige Aphorismen wieder:

Redakteure sind auch nur Menschen, die sich Irrtum vorbehalten müssen. Das vergiß nicht.  
Zeitungen werden in denkbar kürzester Frist mit der Uhr in der Hand hergestellt. Das sollte manche Flüchtigkeit erklären und — entschuldigen.

Halte bei Redaktionsbesuchen den Redakteur nicht unnötig auf, denn seine Zeit ist kostbar, seine Höflichkeit aber unerschöpflich.  
Vergiß nicht, daß die Zeitung jedem etwas bringen soll und daß sie nicht nur deinen besonderen Wünschen und Interessen dienen kann.

Wißt du mit deiner Zeitung zufrieden, so sage es anderen, wisse du unzufrieden, so sage es der Redaktion.  
Wißt du durch ein Inserat zu einem Einkauf verpflichtet worden, so sage dem betreffenden Geschäftsmann, in welcher Zeitung du das Inserat gelesen hast.

Unterstütze den Inseratenteil deiner Zeitung.  
Wird für deine Zeitung, denn du trägst damit das Zeitungsunternehmen und hast selbst die Vorteile der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Blattes.

Daß deine Zeitung, wenn du sie nicht mehr benötigst, gelegentlich in der Eisenbahn, Straßenbahn, überhaupt dort, wo sie Leser finden kann, liegen, damit sich vielleicht neue Anhänger und Abonnenten des Blattes finden.  
Unterstütze deine Zeitung, wo du nur kannst, denn von den Abonnementsbeiträgen allein kann sie nicht existieren.

dem, begründen Produzenten und Händler die hohen Preise mit Warenknappheit. Demgegenüber ist es notwendig, festzustellen, daß trotz aller offiziellen Dementis Kartoffeln vorhanden sind, die ihren Weg zwar nicht zum Verbraucher finden, dafür aber dem Ausland gegen hohe Saluta angeboten werden. Bei einer bekannten Importationsagentur ließ nämlich kürzlich folgende Annonce zur Aufnahme in den Kartoffelzeitungen der Schweiz, Frankreichs, Belgens und Englands ein:

50-100 000 Zentner Kartoffeln, Transware  
auch Teilweisen, abzugeben  
Erich Gaede, Stettin,  
Fernsprecher 88 und 89, Tel.-Adr. Gaederich.

Das Angebotsunternehmen lehnte die Annahme dieses Inzerats ab. Um so notwendiger ist es, daß wir den Namen dieses Mannes, der zu einer Zeit größter Kartoffelnot in Deutschland noch Kartoffeln ausführen wollte, niedriger hängen. Auch wenn die Kartoffeln als Transware bezeichnet sind — und die zugehörige Polizei hat die Berechtigung, diese Bezeichnung nachzuprüfen — ist es gewissenslos, Kartoffeln auszuführen, während das Ausland jeden Preis dafür bietet. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Erörterung der breiten Massen im Hinblick auf derartige Schieberpraktiken zu heller Empörung aufsteigt.

### Gewerkschaftliches

#### Ablehnung der Heidelberger Vorschläge im Metallarbeiter-Streik

Bei der gestrigen Abstimmung in Mannheim wurden die Vorschläge der Arbeitgeber mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Für Ablehnung und somit für Fortsetzung des Streiks stimmten 20 000, gegen die Weiterführung des Streiks nur 242. Dieses Ergebnis der Abstimmung, das eine einmütige Kampfbereitschaft der Arbeiter dokumentiert, wird hoffentlich bei den Arbeitgebern die Wirkung auslösen, daß sie einsehen werden, daß sie mit ihrer Starrköpfigkeit nur sich selbst schädigen. Sie werden sich jetzt wohl überzeugt haben, daß es nicht nur die Führer sind, die sich dem Unternehmergeist nicht beugen wollen, sondern die Masse der Metallarbeiter und zwar 98 Prozent.

In Stuttgart haben sich 90 Prozent der Streikenden und Ausgesperrten für die Ablehnung des Heidelberger Schiedsspruchs entschieden.

#### Vor einem Streik der Bankangestellten

Vom Generalsekretariat Karlsruhe des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten für die Bezirke Baden, Württemberg, Hessen und die Pfalz wird mitgeteilt:

Am 31. März 1922 ist der Reichsrat für das deutsche Bankgewerbe abgelaufen. In der Zeit von Freitag, den 7. bis Sonntag, den 9. April fanden im Reichsarbeitsministerium Berlin unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Waack die Verhandlungen der Tarifparteien zur Neuabfassung des Reichsarbeitsstatuts statt. Wegen der Stimmen der Vertreter des Allgem. Verbandes und mit den Stimmen der Vertreter des Reichsarbeitsverbandes und den Deutschen Bankbeamten-Verein kam ein Schiedsspruch heraus, der von den Arbeitnehmern nicht angenommen werden konnte. Ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit hat nun die Bankangestelltenvereine in allergrößter Zahl mit Entzückung abgelehnt, und es ist kaum anzunehmen, daß es den Leitungen des örtlich-nationalen Deutschen Bankbeamten-Vereins gelingen wird, den Mitgliedern ihres Vereins den Schiedsspruch doch noch schmacht zu machen, obwohl diese Leitungen sehr bemüht sind, es zu tun. Sollten andere eventuelle Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu keinem günstigen Ergebnis führen, so ist ein Streik der Bankangestellten in die Nähe gerückt. Wenn dann die Bankangestelltenvereine nur die Alternative akzeptieren: Unterwerfung oder Kampf, so wird jeder Mann und jede Frau befehlen müssen, dann wird es sich zeigen, ob die Bankangestellten zur Armee der proletarischen Massen kämpfer zu rechnen sind, oder ob ihre bürokratische Ideologie schließlich doch überwiegt. Es ist ein historisches Ereignis, daß gerade die Bankangestellten die erste Anstaltenkategorie sind, an der das Kapital die praktische Aufhebung des Achtstundentages (Nebenstunden als Pflichtleistungen) und die Beschränkung gewerkschaftlicher Freiheit (Verbot aller anstaltsfremden Betriebe die Sperre zu verhängen) erproben will. Der Kampf, den die Bankangestellten zu führen haben, ist also ein Kampf im Interesse aller Angestellten und Arbeiter. Die Angestellten und Arbeiter dürfen und werden es deshalb nicht an der notwendigen Solidarität fehlen lassen.

### Aus der Partei

#### Parteiwechsel und Mandate

Der Bezirksverband Groß-Berlin der U.S.P. hat, wie innerlich, die beiden bisherigen U.S.P.-Stadträte Brühl und Schünning, die zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt sind, aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen, da sie zu einer anderen Partei übergetreten seien. Sie antworten darauf mit einem Schreiben, das schon deshalb interessant wird, weil es auf die praktisch in Berlin bestehende „Koalitionspolitik“ und gleichzeitig erneut auf die Zweiparteiligkeit hinweist, in der sich die U.S.P. dauernd zwischen Wortradikalismus und Ansätzen zu verantwortlicher Mitarbeit hin- und herbewegt. Das Schreiben lautet:

Wir sind unter dem 12. April d. J. aufgefordert, unsere Mandate niederzulegen, dies lehnen wir ab und begründen die Ablehnung mit den Beschlüssen der U.S.P. Diese hat vor kurzem auf der Reichskonferenz beschlossen, daß über die Mandate diejenige Partei zu verfügen hätte, welcher man sich anschließen und hiernach ist auch bei den Abgeordneten, die von der U.S.P. zur U.S.P. übergetreten sind, Verfahren worden.

Eine Partei, die solche eigenartigen Grundätze aufstellt, kann, wenn sie konsequent bleiben will, auch von ihren Mitgliedern, wenn diese zu einer anderen Partei übertreten, keine Mandatsniederlegung verlangen. Aber auch aus einem anderen und für uns wichtigeren Grunde werden wir unsere Funktionen weiter ausüben. Bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung würden unsere Mandate mit höchster Wahrscheinlichkeit den Reichsparteien zufallen. Wir werden daher als Mitglieder der U.S.P., die uns ja mitgewählt hat, genau wie bisher, unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. In der Annahme, daß diese Antwort ebenfalls in der „Freiheit“ veröffentlicht wird, benutzen wir die Gelegenheit, kurz sachlich unseren Austritt zu begründen:

Alle Magistratsmitglieder der U.S.P. haben seit sehr im innigsten Einvernehmen mit den SPD-Magistratsmitgliedern zusammengearbeitet. In allen Verwaltungen ist es ähnlich so, ja in vielen Fällen ist ein Zusammengehen mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zu konstatieren. Diese Koalitionspolitik, die ja nach den Mehrheitsverhältnissen klarer oder schwächer in Erscheinung tritt, ist notwendig, um überhaupt positive Erfolge zu erzielen.

Alle U.S.P.-Magistratsmitglieder, Bürgermeister und Beigeordneten treiben somit eine Politik der Verantwortlichkeit, welche im direkten Gegensatz zu der Haltung der Mehrheit der Stadtverordnetenfraktion steht. Diese läßt sich nur von reinen parteiagitatatorischen Gesichtspunkten leiten, und durch eine sachlich nicht berechnete Kritik wird die Tätigkeit ihrer in verantwortungsbereiten Stellen wirkenden Mitglieder sabotiert. Durch diese zweifelhafte Haltung werden auch die Wähler der U.S.P. irregeführt. Hinzu kommt das provokatorische Vorgehen des Fraktionsredners der U.S.P. in der Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Debatte über das Magistratswahlgesetz unter Zustimmung aller U.S.P.-Magistratsmitglieder beschlossene. Wegen dieser Provokation haben wir uns mit unserer Erklärung gewandt und mußten, da die Fraktion den Fraktionsredner deckte, wir aber den Boden einer Politik der Verantwortlichkeit nicht verlassen wollten, die Konsequenzen ziehen.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu:

Der Logik dieser Darlegungen wird sich ja wohl auch die Leitung der U.S.P. nicht entziehen können. Auch sie wird ja wohl kaum die Absicht haben, diese Mandate den Reichsparteien in die Hände zu spielen. Und was das Reichstagsmandat Brühls anlangt, so wird der Zentralleitung der U.S.P. sicher nicht unbekannt sein, daß auch die im Falle der Mandatsniederlegung Brühls auf der Liste nachrückenden Kandidaten der U.S.P. nicht mehr angehören. Beachtlich die Zentralleitung an Stelle des Sozialdemokraten Brühl einen neuen Kommunisten in den Reichstag zu dirigieren?

Es ist recht interessant, aus dem Schreiben an Brühl und Schünning zu erfahren, wie grundlos die U.S.P. auch in der Mandatsfrage verfährt. Und wir können es verstehen, wenn Brühl und Schünning gestützt auf die Grundlosigkeit der Unabhängigen ihre Mandate und Posten zu halten versuchen.

Aber wir stehen trotzdem nicht an, zu erklären, daß wir der Aufnahme Brühls in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion widersprechen müssen. Brühl hat sein Reichstagsmandat von der Unabhängigen Partei erhalten, mit den Geldern und den organisatorischen Mitteln dieser Partei ist das Brühlsche Mandat erungen worden. Größlicher und reichlicher müßte Brühl sein Reichstagsmandat beim Parteiwechsel niederlegen und die sozialdem. Fraktion würde einen sehr bösen Präzedenzfall schaffen, wenn sie Brühl aufnehmen würde. Im übrigen ist es dringend geboten, daß sowohl für das Reichsparlament, wie für die Landtage und für die Gemeindevertretungen allgemein die Bestimmung getroffen wird, daß Mandatsinhaber beim Parteiwechsel ihre Mandate niederzulegen haben, wie es die badische Gemeindeordnung auch vorgreift.

#### Zum Ableben des Genossen Hue

Reichspräsident Ebert hat an die Witwe des Genossen Hue folgendes Beileidstelegramm geschickt: „Zu dem schweren Schicksalsschlage, der Sie durch das Ableben Ihres Mannes getroffen hat, spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzlichste Teilnahme aus. Die deutschen Arbeiter, namentlich die Bergarbeiter, verlieren in dem Dahinscheiden einen ihrer besten und unermüdetsten Führer, der als Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler im politischen Leben hervorragenden Anteil nahm und sich große, unermüdete Verdienste erworben hat. Ich selbst betrachte in ihm einen lieben und treuen Freund, der mir durch langjährige, gemeinsame Arbeit verbunden war.“

#### Hues' Nachfolger im Reichstage

Nachfolger des Genossen Hue im Reichstage wird Genosse Siegel-Dühelberg, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Rheinland-Westfalen, der schon im Jahre 1912 dem Reichstag angehört. Im Preussischen Landtag tritt die Genossin Anna Leg an die Stelle Hues.

I. Riedelsheim, 20. April. Bekanntlich wurde unser Genosse Oberlehrer Daebler vor kurzem als Hauptlehrer nach Riedelsheim versetzt. Daebler beliebt sich der von uns scheidende Genosse hier erkrankt, zeigte die Abschiedsfeier, die die hiesige Arbeiterschaft letzten Freitag ihm zu Ehren veranstaltete. Die Sängerkolonie „Bormärts“ vom Arbeiter-Sport-Partei trug einige prächtige Chöre vor, namens der Partei und Arbeiterschaft widmete Gen. Gemeinderat Hehl dem Gen. Daebler herzlichste Abschiedsworte, in denen er dem Scheidenden für seine in der Gemeinde geleistete Tätigkeit als Schulmann wie als Parteigenosse dankte. Gen. Hehl betonte, daß nicht nur die Anhänger unserer Partei mit Wehmut den Gen. Daebler scheidend sehen, sondern auch alle jene außerhalb der Partei stehenden Bürger, denen der Parteianalismus nicht jeden Sinn für Gerechtigkeit und unparteiisches Urteil genommen habe. Die Riedelsheimer Reaktion möge auch nun nicht hoffen, daß jetzt, nachdem ein gefürchteter Gegner scheidet, ihr Weizen blühen werde. Der Sozialismus hat festen Fuß hier gefaßt und die Gegner brauchen sich keine Hoffnung zu machen, daß er wieder verschwinden werde. — Gen. Daebler dankte für die Abschiedsveranstaltung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Genossen auch weiterhin das Banner der Partei hoch halten wollten. Er werde auch in seinem neuen Wirkungsbereich der Partei seine Kraft und Arbeit widmen und für die Sache des Sozialismus wirken.

Blankenloch, 20. April. Die Versammlung mit Vortrag über „Die neue Gemeindeordnung“ findet nicht, wie zuerst angegeben, am 22. April, sondern nächsten Sonntag, 23. April, nachmittags 8 Uhr, im Rathauslocale statt.

4. Landtagswahlkreis. Diejenigen Ortsvereine, welche den Jahresberichtsbogen noch nicht zurückgeschickt haben, werden dringend ersucht, diesen sofort an das Parteisekretariat einzufügen, damit der Jahresbericht rechtzeitig fertig gestellt werden kann.

Das Parteisekretariat: Jos. Winter.

### Badische Politik

#### Zur Frage des deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs

Seit dem Hochstand des schweizerischen Fremden ist der Versuch deutscher Bewohner nach der Schweiz ein immer geringerer geworden. Selbst die früher im Schwung gewesenen Sommerreisen aus dem Riesental und dem übrigen Markgräflerland nach Basel, weil es die nächstgelegene größere Stadt war, haben ganz nachgelassen. Die Ursache ist naheliegend. Seitdem das Glas Bier in der Schweiz nach deutscher Währung etwa 15 M., der Viertelliter Wein 30 bis 40 M. oder noch mehr kostet — von den Eisenpreisen ganz zu schweigen — wird die Schweiz in den meisten Fällen nur noch zur Regelung unauflöslicher Geschäfte oder der dringenden Familienangelegenheiten betreten. Umgekehrt suchen viele Einwohner schweizerischer Grenzorte so oft als möglich nach Deutschland hereinzukommen. Die Gründe hierfür sind allgemein bekannt. Für 1, 2, höchstens 3 Franken läßt sich in Deutschland ein Tag lang herrlich und in Frieden leben, sind doch die üblichen Maßzeiten, die teuersten Weine, so hoch ihr Preis dem Einzelwirtschen vorkommt, für den, der Schweizer-Franken in seinem Geldbeutel hat, lächerlich billig.

Wie aufreizend diese Schimmerereien und Schwelgereien auf die Bewohner der deutschen Grenzortschaften wirken, braucht doch wirklich nicht zum launehaften Male näher begründet zu werden, zumal ja auch vor kurzem im Landtag wieder darauf







**Aus der Stadt**

**Karlsruhe, 21. April**

**Geschichtskalender**

21. April. 1825 \*Der französische Philosoph Hippolyte Taine in Bouziers. — 1888 Der „Sozialdemokrat“ wird aus der Schweiz ausgewiesen. — 1910 \*Der amerikanische Humorist Mark Twain in Redding.

**Ein Musterbeispiel, wie mit Butter gewuchert wird**

Die Butterpreise kletterten bekanntlich wahnsinnig in die Höhe, ein Pfundchen kostete heute bereits 80 M. Die Minderbemittelten kennen dieses vollwertige Nahrungsmittel nur noch vom Namen her, sogar als Lederbissen kommt es für sie nicht mehr in Betracht, denn der Preis ist einfach ein unerhörlicher. Nur Schieber und all jene „besseren Bürger“, die es verstehen, aus der Not des Volkes Rechtstimer anzuameln, können sich den Buttergenuss noch leisten. Der „Segen“ der freien Milch- und Butterwirtschaft macht sich von Tag zu Tag auch auf diesem Gebiet immer deutlicher bemerkbar.

Frägt man nach den Ursachen der Preissteigerung und sucht nach den Schuldigen an ihr, dann findet man lauter „Unschuldslämmer“. Der Erzeugerpreis deckt angeblich nicht einmal die Produktionskosten, der Händler verdient nach seinen Angaben auch nichts, ja rein gar nichts! Man könnte glauben, die Bauern und die Händler geben sich nur mit dem Buttergeschäft ab, um ihr Mittel und ihre Liebe den Wittenkindern gegenüber zum Ausdruck zu bringen. So könnte man glauben, wenn man die je Kreise hört. Nun ist die Sache natürlich umgekehrt! Nicht Nächstenliebe ist bei diesen Herrschaften anzufinden, sondern bereits jeder bemüht sich, so viel wie nur möglich zu verdienen. Die „gemachten Leute“ der Neuzeit beweisen ja die Richtigkeit unserer Behauptung in nicht abzuleugender Weise. Ob bei diesem Wuchergeschäft die arbeitende Bevölkerung vollends auf den Hund kommt, ist ja dieser Sorte von Menschen ziemlich egal. Wie es gemacht wird, zeigt wieder folgender uns mitgeteilter Fall eines Leiers, der so recht charakteristisch das oben erwähnte schamlose Treiben der Volksauspöcker beleuchtet. Unser Abonnent schreibt:

„Auf meiner Ockerour am Gründonnerstag wurde ich Augen- und Ohrenzeuge folgenden Vorfalles: Auf der Straße zwischen D f f e n b u r g und K a r l s r u h e sitzen noch Offendurk ein Mann und zwei Frauen ein. Jedemals hat er und seine nordstümliche Weib. Alle drei schleppten sich hinter der Kugel raus, so schwer waren sie beladen mit Butter und Eier. Im Wagen selbst hatten sie aus und in und enthielten die ganze Göttergatte den Augen der erstaunten Mitreisenden. Nach dem Preise befragt, gaben sie zur Antwort: „Ja, unter 60 M. könnten sie die Butter nicht hergeben und die Eier nicht unter 4,50 M.“ Kurz nach Vesperzeit fuhr nun eine Bauerfrau ein mit einem Karbe voll Butter. Sofort ging der Handel los. „Was gabst du her?“ „53, 52 M. kann mer gebe, weil er so weich ist, sonst zahlte mer 34 M. Ankauf.“ Die Frau gab ihn nicht her für 32 M. und die Händler gaben keine 34 M. Kurzum erklärte und bewies diese drei schamlosen Wucherer, daß sie nicht mehr als 24 M. für die Butter bezahlt hätten und bezahle. Diese Butter verlaufen sie nun für 60 M. in K a r l s r u h e. Ebenso die Eier, welche man in der Gegend von Offenburg vom Erzeuger für 3 M. bekommt. Diese Wucherer waren nun noch so liebenswürdig, so sagen, daß sie in Karlsruhe ein Spezereigeschäft haben.“

Dieser Fall ist mirklid typisch und beweist nur, wie die Konventionen über Obn gebauen werden. Und da toll es wirklich kein Mittel geben, um solchen Volksauspöckern ihr schändliches Handwerk legen zu können? An den Branger mit ihnen, wo man sie habhaft machen kann!

**Volkschulturnkurie**

Die diesjährige Frühjahrskurie der Karlsruher Volkschulturnkurie beginnt nach Othen. Der Philosoph der Technischen Hochschule, Prof. D r e m s, wird über Riechle lesen und damit gegenwärtig sehr bedeutsame Gesichtspunkte erörtern. Der heutige Tag zur Kultur führt uns auf wieder großes Interesse erwecken an früheren akademischen Vorträgen; es ist daher dankbar zu begrüßen, daß der bekannte Historiker der Sozialwissenschaften Professor K i n n e r gerade das Kapitel von Sozialen und dem Sein der Weisen sich zum Thema sein diesmaligen Vortrages gewählt hat. Gleich großen Beifall wird, wie gewöhnlich auch wieder, der Kurs des altbekannten Volkschulturnlehrers, Professor G ö h l i n d e r, der diesmal über Sonne und Mond unterrichten wird. Nennenswert haben die Volkschulturnkurie als Dozenten Dr. J u n e r, Lehrer am Landes-Konservatorium, der die geistliche Persönlichkeit sein dürfte, um weiteren Kreisen die innigen Beziehungen von Leben und Musik zu veranschaulichen; sein Kurs Musik als Lebensausdruck dürfte daher sehr beifällig werden; der Privatdozent Dr. A. v o n G o l m a n n setzt auf eigenem Forschungsgebiet die fruchtbarsten Versuche, die seinerzeit Direktor Marx auf dem Gebiet Goethe'scher Lyrik, unternommen hat, und wird in das Wesen deutscher Romandichtung einführen, um an der Hand praktischer Beispiele ein tieferes Verständnis der gegenwärtig blühenden Dichtungsart zu wecken. Begrüßt werden wird auch der Heidelberger Privatdozent Dr. W a h l e, der vielen Hören schon von früher bekannt ist und der diesmal das von den Volkschulturnkurien besonders zu pflegende Gebiet der Heimatkunde betritt, indem er unsere badische Heimat zur Hymnezeit vorträgt. Auf vielseitigen Wunsch hat sich auch der Direktor des hiesigen Kinderkranienhauses Professor Dr. K u f t wieder bereit erklärt, aus seinem reichen Wissen über die Gesundheitsbedingungen des Kindes und ihre Verhütung zu sprechen; gerade in diesem Kurse wäre zahlreicher Müttern aus Arbeiterkreisen Gelegenheit geboten, sich heutzutage doppelt notwendige Kenntnisse zur Pflege des gefährdeten Kinderwachstums zu holen. Zum Schluß sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Autorität der Technischen Hochschule auf dem Gebiet der Elektrotechnik, Professor S c h w a i g e r in seinem Kurse über die elektrische Kraftübertragung eines der wichtigsten Kapitel heutiger Technik und Wissenschaft behandeln wird; seine bekannte klare Darstellungsweise in Verbindung mit seinem großen Erfahrungsgelände wird auch Unvorbereitete mit diesen bedeutungsvollen Fragen unseres Wiederaufbaues vertraut machen.

Die Reichhaltigkeit des Programms wird auch diesmal die gewöhnliche Anziehungskraft auf alle Kreise der Karlsruher Bevölkerung bewahren. Es wird sich daher empfehlen, die Anmeldungen zur Kursteilnahme möglichst frühzeitig zu vollziehen. Wie gewöhnlich geben die Ankerate und die öffentlichen Klatsche über alle Einzelheiten Auskunft. Desgleichen ist auch die Geschäftsstelle (Sekretariat der Techn. Hochschule) gerne bereit, etwaige weitere Fragen zu beantworten.

\* Mandatsniederlegung. Herr Stadtb. Architekt D e i n e s ist aus der demokratischen Partei ausgeschieden und hat demzufolge sein Mandat als Stadtverordneter genannter Partei zur Verfügung gestellt. An Stelle des Herrn Deines wird Herr Rechtsanwalt Dr. W i e l e f e l d als nächster Bewerber auf der demokratischen Liste bei den letzten Wahlen in den Bürgerausschuss einreten. Herr Dr. Wielefeld gehörte früher schon dem Bürgerausschuss an.

2050 Sowjetrubel gleich 1 Reichsmark. Die letzten Devisenkurse der russischen Staatsbank sind nach den Festsetzungen des Volkskommissariats der russischen Staatsbankfinanzen folgende: 1 Deutsche Mark gleich 2050 Sowjetrubel, 1 Dollar gleich 580 000 S.R., 1 Pfund Sterling gleich 2 550 000 S.R., 1 Frank gleich 54 000 S.R. In zahlreichen Winkelfantken sind jedoch viel höhere Notierungen festgesetzt, um Geld vom Auslande heranzuladen.

Der Mädchen-Brautchor „Einigkeit“ Karlsruhe hielt am Oster-Montag in der „Walhalla“ einen Theater-Abend mit darauffolgendem Tanz ab, der einen befriedigenden Verlauf nahm. „Cosas Töchter“, „Der Dienstmädchenkongress“ und „Der Wandersmann“ wurden von Mitgliedern des Vereins flott und sicher gespielt. In dem letztgenannten Theaterstück lernten wir den Verfasser desselben, Herrn A. W a l d a s als gewandten Schauspieler kennen. Das zahlreiche Publikum spendete lebhaften Beifall. Ein Längchen, woran sich auch und alt beteiligte, schloß die wohlgelungene Veranstaltung.

— Auswärtige Erfolge Karlsruher Architekten. Die Firma Pfeiffer u. G r o ß m a n n in Karlsruhe hat bei einem engen Wettbewerb für eine Oberbeamtenkolonie für die Firma Thyssen & Co. Mülheim-Ruhr, Kaufsumme 8 Mill. Mark, den 1. Preis von 10 000 M. erhalten. Ferner hat die Firma Pfeiffer u. G r o ß m a n n bei einem von 88 Teilnehmern besetzten Wettbewerb für ein Hotel, Theater- und Bürohaus in Duisburg, Kaufsumme 60 Mill. Mark, einen Preis von 20 000 M. erhalten.

(1) Erhöhung der Postgebühren nach Westfalen. Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß vom 21. April an alle aus Deutschland nach Westfalen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) gerichteten Briefschaften nach den Westpostvereinssätzen d. h. i. die Sendungen nach dem sonstigen Ausland freigemacht werden müssen.

Landestheater. Die Oper bringt am Freitag, den 21. April, b'Alberts „Tiefenland“ mit Wilhelm Venting als Beden. Für Sonntag, den 23. April ist die Operette „Die Federmaus“ angelegt. — Außerdem befindet sich für die kommende Woche die Erstaufführung der mit großem Erfolg in Berlin, Frankfurt a. M., Mannheim und Wiesbaden gegebenen Oper „Schahrazade“ von Bernhard Selles in Vorbereitung. — Die dritte Aufführung des dramatischen Gedichts „Peer Gynn“ von Henrik Ibsen findet heute Donnerstag, den 20. April im Abonnement C 1 und unter Beteiligung der Theatergemeinde des „Bühnenvolksbundes“ mit den Nummern 2101 bis 2300 statt. „Die beiden Seehunde“, Lustspiel von Carl Hübner, geht am Samstag, den 22. April im Abonnement E 1 zum siebenten Mal in Szene; der „Bühnenvolksbund“ nimmt mit den Nummern 1—100 und 1101—1400 teil. — Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, den 23. April, „Im weißen Rößl“ zur Wiederholung.

Tagung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene. Am Sonntag, den 30. April ds. Js., um 11 1/2 Uhr, vormittags beginnend, veranstaltet die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene im großen Sitzungssaal des Arbeitsministeriums ihre diesjährige allgemeine Mitgliederversammlung. Unter anderem stehen zwei wissenschaftliche Vorträge auf der Tagesordnung: Bezirksarzt Dr. Dörner-Ettenheim wird über „Soziale Mischstände und Tuberkulose-Bekämpfung“ und Dr. Behm, leitender Arzt der Kinderfürsorge Heuberg, wird über „Die sozialhygienische Bedeutung des Kinderheims Heuberg“ sprechen. Auch Nichtmitglieder können an der Tagung teilnehmen, wenn sie sich wegen einer Einladung an die Geschäftsstelle der Gesellschaft Karlsruhe, Herrenstraße 34, wenden.

Stadtgartenkonzerte. Zu der Reihe der städtischen Konzerte im Stadtgarten veranstaltet kommenden Sonntag den 23. April ds. Js., nachmittags von 1/2—6 Uhr die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe ein Konzert unter Mitwirkung des hier bestens bekannten Violoncellisten Karl K a h n, Kammermusiker am Badischen Landestheater. Das Programm wird allen Anwesenden im Stadtgarten ein Romanabenzonert derselben Kapelle sein. So dürften die Besucher des Konzerts wieder einige schöne genußreiche Stunden genießen können. Im Falle ungenügender Witterung fällt das Romanabenzonert am Vormittag aus, während das Nachmittagskonzert um dieselbe Zeit in der Festhalle vor sich geht. Vorverkauf bei den bekannten Stellen (Verkehrsbüro, Stiel beim Hotel Germania und Stadtgarten-Kapellkasten).

**Valuta-Bericht vom 20. April**

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1,82 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 107 M. per holl. Dollar; Schweiz notierte etwa 54,30 M. per schw. Fr.; England notierte etwa 1242 M. per holl. Sterl.; Frankreich notierte etwa 26,12 1/2 M. per frz. Fr.; Neuhop notierte etwa 281,50 M. per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. April**

Voraussichtliche Witterung: Fortschreitende Aufhellung, weitere Erwärmung, noch Nachfröste.

**Wasserstand des Rheins**

Schweizerseil 255 Ztm., gef. 4 Ztm., Rhef 378, gef. 4. Maxau 637, gef. 4, Mannheim 634 Ztm.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Geburteilungen. Eugen Gaffert von hier, Bauführer hier, mit Hilda Fest von Heidelberg. Richard Keller von Zimmern, hoch hier, mit Anna Blum von Ravensburg. Karl Fischer von Diefenbach, Metzger hier, mit Karoline Grimm von Wiberach. Franz Kasper von Ettenheim, Professor in Waldshut, mit Anna Hippbahn von hier. Ludwig Dehler von Strahburg, Werkführer hier, mit Rosa Wiedemer Witwe von hier.

Todesfälle. Robert Kraft, Privat, Chemann, alt 62 Jahre. Anna Hespeler, Fab.-Arbeiterin, ledig, alt 2 Jahre. Albert Niedhammer, Privat, Chemann, alt 69 Jahre. Katharina Müller, alt 69 Jahre, Witwe von Philipp Müller, Osnernmü.

Beerigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, den 21. April. 3 Uhr: Robert Kraft, Privat, Beerigungszeit. 57, Feuerbestattung. 4 Uhr: Anna Hespeler, Witwe, 18, in Mühlburg beerdigt.

Verfassung hat schon jetzt unser Schulleben aufs schwerste gelähmt; eine weitere Verschärfung würde die Freunde der menschlichen Schule zu Gegenmaßnahmen zwingen, die im Interesse unserer Schule und unserer Kinder, wenn irgend angängig, vermeiden werden müssen.

Der Sozialdemokratische Lehrertag fordert daher von der Reichsregierung für den Fall, daß ein der Verfassung entsprechender Gesetzgebung nicht in allerhöchster Zukunft zustande gebracht werden kann, die sofortige Vorlage eines Gesetzes, das die verfassungsmäßig gewährleistete Anerkennung der weltlichen Schule in die Wirklichkeit überführt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution zur Verabschiedung wird eine schließliche Verabschiedung eines Gesetzes gefordert, in dem bestimmt wird, daß fortan alle Lehrer ihre allgemeinen wissenschaftliche Fortbildung durch das vollständige Durchlaufen einer zur Hochschulreife führenden höheren Lehranstalt und ihre berufliche Ausbildung durch ein vollständiges Hochschulstudium erwerben müssen. Weiter wird einstimmig angenommen eine Entschließung, die sich gegen die Verabschiedung, die Durchführung des Grundschulgesetzes durch Einführung von Privatschulen und durch frühzeitige Zusammenfassung der intellektuell Begabten zu unterzogen.

Die Parteigenossen in allen Orten werden aufgefordert, Kantonsausschüsse zu bilden, die alle Umgehungen des Grundschulgesetzes sofort dem Vorstand der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und dem Reichsministerium des Innern melden. Der Deutsche Lehrerverein wird aufgefordert, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Au Punkt 3 der Beschlüsse des Lehrertages wird folgender Antrag angenommen: Das Recht des Staates als Träger der Gemeinschaft nicht über das Recht der Eltern und Erziehungsberechtigten. Elternrecht drückt Elternrecht.

Diese Gesamtthese zum Elternrecht wird sodann einstimmig beschlossen.

Es folgt die Annahme weiterer Entschließungen, die 1. die Parteigenossen auffordert, den Gefahren, die den allgemeinen politischen Bestrebungen der Partei durch die christlich-nationalistische Elternbewegung erwachsen, zu begegnen, 2. es allen parteigenösslichen Lehrern und Lehrerinnen zur Pflicht macht, mit den Elternbeiträgen zusammen zu arbeiten und den Hauptvorstand der Arbeitgemeinschaft beauftragt, eine rege Agitation über die Bedeutung der Elternbeiträge und der Mitwirkung der Elternschaft in der Schule zu entfalten, 3. von den Fraktionen der Landesversammlungen fordern, daß sie in der Frage der Selbstverwaltung der Schule zu einer schärferen und gründlicheren Regelung kommen, die den Elternbeiträgen ihre Rechte gibt und ihre Ausübung durch die Verpflichtung der Ausführung der Mittel durch die Schulverbände ermöglicht.

Weiter behandeln die Genossen Sonnemann-Dremen und Jabel-Kassel das Thema

**„Die Lehrer in der Partei.“**

Nach einer sechsständigen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen müssen Schrittmacher an der Spitze der Parteigenossenschaft kämpfen, um die Ideen des Sozialismus in die Tat umzusetzen. In den Mittelpunkt aller Erziehungsbemühungen muß der Gemeindefortschritt gestellt werden. Selbstverständlich muß die Parteipolitik sich der Schule verhalten sein. Außerdem muß der Beruf der sozialdemokratischen Lehrer eine vielfache Möglichkeit der Betätigung durch Mitarbeit an der Jugendbewegung, der sozialen Fürsorge, den mangelhaften Bildungsverhältnissen der Arbeiterklasse und an der Parteipresse. Den Lehrern in der Partei erwächst aus der Grundrauffassung unseres Berufes in besonderem Maße die Aufgabe, zwischen der im Dienste des Sozialismus stehenden Arbeit des Lehrers und dem rein geistlichen Beruf des Lehrers zu vermitteln, der Begeisterung und Tatkraft der sozialistischen sozialistischen Menschen unserer Tage eine lebensvolle Verbindung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde sollen sich die Arbeitgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen nicht damit begnügen, auf schulpolitischen Gebieten theoretische Kenntnisse zu erwerben, es ist vielmehr eine Lebensaufgabe für sie, diese Ansichten innerhalb der Partei zu vertreten und mitzuwirken an der Bildung des schulpolitischen Willens dem wechselnden Lande gegenüber.

**Theater, Kunst und Wissenschaft**

**Karlsruher Konzertwoche**

Willy Braun will unterhalten, will froh stimmen und zeigen, daß er trotz seiner Individualität den Humor nicht verloren hat. Sein Programm konnte uns nicht ganz gefallen: Ernst und Humor aus der Weltliteratur; freudig und quer durch die Dialekte — nun ja, das ging so an, aber „Bon der Liebe und anderem Witzdün“ — wenn nur wirklicher Witzdün gemeint wäre. Die Karodie „Im Cabaret“ redete sich etwas, aber das kann jeder „a biffen“ talentierte aus dem Steigewitz machen. Der „Schlag“ erinnerte an sentimentale Wiener Operetten. Eine Erinnerung an die Kriegsoffer duldet keine flüchtige Walzerunterhaltung.

Die vierte musikalische Abendfeier füllte, weil es nun einmal an der Zeit war, die erste Programmhälfte mit Dramas. Die von Prof. Schmitz und Dr. Karl Brückner gebrachte Sonate war klar und warm und langweilig. Die zweite Hälfte wurde spießig-romantisch. So etwas, wie das direkt meißlerhaft geformte Sertzeit von A. Thuille wirkt gefällig auf alle, wenn somit sich daran und wurde auch infolge des schönen Spiels von Spittell, Kämpfe, Sprangere, Gierschner, Schenk und Schmid recht warm. Aber täuschen wir uns nicht: Es ist ihm kein Leben beschieden, die Zeit ist eine unerträgliche Materie und auch die achtenswerte Dankbarkeit eines früheren Fautle-Schülers wird daran nichts ändern. In letzterem Maße trifft dies für die Wieder zu, die Kammerfänger Jan van Gorkom einbruchsoll hat.

Das Passionkonzert in der evang. Stadtkirche, wie alljährlich veranstaltet von Verein für Kirchenmusik, hatte auf unsere Ansicht in Details beeinträchtigend. Die Chöre kamen unter der Leitung von Albert Mann in durchgängig sehr annehmbarer Form heraus und ließen die Leistungen erkennen. Die hiesige Konzertkommission Eissa bei G u m a n n bearbeitete das geistliche Konzert mit passenden Gesängen und tat, wie auch an der Orgel Hans Vogel, in bekannter Tüchtigkeit mögliches.

**Parteigenossen und Leser des „Volksfreund“**

berücksichtigt bei eueren Einkäufen die **Geschäftliche Rundschau!** Kauft nur bei den Geschäftsleuten, die euerer Presse mit Anzeigen unterstützen!











